

9. Abgeordneter
**Dieter
Janecek**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten regulatorischen Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Entflechtung bzw. Regulierung von Onlineunternehmen wie Google, wie es der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, in seinem Artikel „Unsere politischen Konsequenzen aus der Google-Debatte“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 16. Mai 2014 beschrieben hat (www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-digital-debatte/sigmar-gabriel-konsequenzen-der-google-debatte-12941865.html?printPagedArticle=true_ageIndex_2)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 6. Juni 2014**

Die Bundesregierung nimmt die öffentliche Debatte um den Missbrauch marktbeherrschender Positionen durch große Internetunternehmen sehr ernst und wird auf verschiedenen Feldern handeln: Sie setzt sich für eine konsequente Anwendung des Kartellrechts ein. Im Lichte der Ergebnisse des Missbrauchsverfahrens der Europäischen Kommission gegen Google werden Schritte zur gesetzlichen Sicherstellung der Nichtdiskriminierung von Wettbewerbern und zur Garantie von Plattformneutralität geprüft werden. Internetspezifische Kartellrechts- und Monopolfragen werden durch Fachgutachten aufgearbeitet. Die Verbraucherinformationen seitens der Onlineunternehmen und der Datenschutz im Internet sollen verbessert werden. Die Einführung einer EU-weiten Datenschutz-Grundverordnung, in der die Geltung des EU-Datenschutzrechts auch für nicht in der Europäischen Union niedergelassene Internetunternehmen festgeschrieben werden soll (Marktortprinzip), wird mit Nachdruck unterstützt. Die Bundesregierung verfolgt das übergeordnete Ziel, die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter zu schützen und zu stärken.

10. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 31. Dezember 2013 Einzelexportgenehmigungen für Kriegswaffen nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen und in welcher Höhe für sonstige Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen sind, nach dem Außenwirtschaftsgesetz erteilt (bitte unter Angabe des Gesamtwertes der Genehmigung für die Gruppe der Mitgliedstaaten der Europäischen Union – EU –, NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten sowie der Drittstaaten)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 12. Juni 2014**

Im Jahr 2013 wurden für die Ausfuhr von Kriegswaffen Einzelgenehmigungen im Gesamtwert von 757 Mio. Euro erteilt.

Gesamtwert:	757 Mio. €
EU-Länder	208 Mio. €
NATO und NATO-gleichgestellte Länder	90 Mio. €
Drittländer	459 Mio. €

Im Jahr 2013 wurden für sonstige Rüstungsgüter (ohne Kriegswaffen) Einzelausfuhrgenehmigungen im Gesamtwert von 5,089 Mrd. Euro erteilt.

Gesamtwert:	5,089 Mrd. €
EU-Länder	961 Mio. €
NATO und NATO-gleichgestellte Länder	981 Mio. €
Drittländer	3,147 Mrd. €

11. Abgeordneter
Thomas Nord
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe wurden in den vergangenen fünf Jahren seitens der Bundesregierung Export- oder Investitions Garantien für Geschäfte deutscher Unternehmen in Katar vergeben, die im Zusammenhang (z. B. Stadionbau, Infrastruktur etc.) mit der für das Jahr 2022 geplanten Fußballweltmeisterschaft stehen (bitte jeweils unter Angabe von Projektbeschreibung, Gesamtvolumen, Datum und Unternehmen)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 13. Juni 2014**

Die Bundesregierung hat seit dem Jahr 2009 keine Exportkreditgarantien (so genannte Hermesdeckungen) für Lieferungen und Leistungen übernommen, bei denen ein Zusammenhang mit der für das Jahr 2022 in Katar geplanten Fußballweltmeisterschaft erkennbar wäre. Es wurden auch keine Investitions Garantien für Projekte deutscher Unternehmen in Katar übernommen.

12. Abgeordneter
Thomas Nord
(DIE LINKE.)
- Wie wurden vonseiten der Bundesregierung ggf. die „sozialen Gesichtspunkte“ von Exportgarantien (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – BMWi: www.foerderdatenbank.de) im Vorfeld der jeweili-